



Viele Bäume im Stadtbild sind alt. Der Umweltausschuss hat sich für eine fortlaufende Überprüfung des Baumbestandes ausgesprochen, denn an vielen Stellen hat das Wurzelwerk das Gehwegpflaster angehoben.

Foto: Archiv

Festes Budget für neue Bäume im Haushalt

Umweltausschuss will Baumbestand in der Stadt erhalten

Von Christoph Ueberfeld

Unna. Die Stadt verfährt bei der Kontrolle der Bäume systematisch auf Grundlage eines Baumkatasters. Das soll künftig deutlich qualifizierter und Basis für einen Ansatz im städtischen Haushalt sein.

Nachdem Bündnisgrüne und auch die SPD sich schon in der Vergangenheit für Neuanpflanzungen ausgesprochen hatten, stimmte der Umweltausschuss nun einem Antrag der FLU zu.

Diese hatte beantragt, dass zu den von der SPD-Fraktion gewünschten Neupflanzungen an bestimmten innerstädtischen Straßen die erforderlichen Mittel fachlich und möglichst präzise geschätzt und dann in den städtischen Investitionshaushalt verbindlich aufgenommen und fortgeschrieben werden. „Es geht darum,



Wo Bäume in der Vergangenheit gefällt worden waren, muss nicht zwingend ein neuer angepflanzt werden. Oftmals ist die Baumscheibe dafür zu klein.

Foto: Archiv

den Baumbestand zu erhalten oder gar noch zu erweitern“, sagt der Antragssteller, FLU-Fraktionschef Klaus Göldner.

17.300 Gewächse befinden sich derzeit im städtischen Kataster. Nicht mehr alle

von ihnen sind jung und gesund. An rund hundert ehemaligen Baumstandorten an Gehwegen und Plätzen klappt nach der Abholzung eine Lücke, weil die Pflanzöffnungen („Baumscheiben“) nach heutigen Erkenntnissen

als zu klein gelten. „Wir können die Bäume nach ihrer Abholzung zwar ersetzen, aber eben nicht immer an der gleichen Stelle. Auch dafür soll das Kataster eine verlässliche Auskunftquelle werden“, sagte Gerd Heckmann von der CDU. Der aktuelle Baumbestand dürfe nicht weiter minimiert werden.

Zudem möchte die FLU eine fortlaufende Überprüfung daraufhin, wo das Wurzelwerk der Bäume das Bordsteinpflaster angehoben hat und damit gefährliche Stolperfallen entstanden sind. Dafür gab es im Umweltausschuss breite Zustimmung über alle Parteigrenzen hinweg. Wie hoch der Ansatz im Haushalt für die Neupflanzung sein wird, konnte die Verwaltung noch nicht sagen. „Es könnte aber ein nicht allzu geringer Betrag sein“, sagte Heckmann.